Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postscheckkonto Dresden 2640

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis bei Selbstabholung monatlich M., durch unsere Austräger zugetragen in der Stadt monatlich M., auf dem Lande M., durch die Post bezogen vierteljährlich M. mit Zustellungsgebühr. Wir Postanstalten und Postboten sowie unsere Austräger und Geschäftsstelle nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Erscheint seit dem Jahre 1841

Insertionspreis M. für die 6gespaltene Korpuszeile oder deren Raum, Reklamen, die 2spaltige Korpuszeile M. Bei Wiederholung und Jahresauftrag entsprechender Preisnachlaß. Bekanntmachungen im amtlichen Teil (nur von Behörden) die 2gespaltene Korpuszeile M. Nachweisungs-Gebühr 50 Pfg. Anzeigenannahme bis vormittags 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts zu Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen.

Verleger und Drucker: Arthur Zschunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Lässig, für den Inseratenteil: Arthur Zschunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 104 | Freitag den 5. Mai 1922. | 81. Jahrgang

Amtlicher Teil.

Zwangsinnung für das Böttcherhandwerk betreffend.

Von der freien Böttcherinnung zu Meißen ist beantragt worden, anzuordnen, daß innerhalb des Bezirks der Amtshauptmannschaft Meißen, einschließlich der Städte Meißen, Nossen, Lommatzsch und Wilsdruff, sämtliche Gewerbetreibende, welche das Böttcherhandwerk ausüben, der neu zu errichtenden Innung anzugehören haben.

Die Kreishauptmannschaft Dresden hat mich mit der kommissarischen Vorbereitung ihrer Entschließung beauftragt.

Die Abstimmung über die Errichtung der Zwangsinnung findet vom 4—11. Mai statt. Aeußerungen für oder gegen die Errichtung der Zwangsinnung sind in dieser Zeit schriftlich oder mündlich bei mir abzugeben.

Die Abgabe der mündlichen Erklärung kann während des angegebenen Zeitraums werktäglich von 7 Uhr vormittags bis 12 Uhr mittags im Rathaus zu Meißen, 2. Stock, Zimmer Nr. 15, erfolgen.

Ich fordere hierdurch alle Handwerker, die im Bezirke der Amtshauptmannschaft Meißen einschließlich der Städte Meißen, Nossen, Lommatzsch und Wilsdruff, das Böttcherhandwerk betreiben, zur Abgabe ihrer Aeußerung mit dem Bemerken auf, daß nur solche Erklärungen gültig sind, die erkennen lassen, ob der Erklärende der Errichtung der Zwangsinnung zustimmt oder nicht, daß ferner nach Ablauf des obengenannten Zeitpunktes eingehende Aeußerungen unberücksichtigt bleiben und daß auch diejenigen Gewerbetreibenden, die Gesellen oder Lehrlinge nicht beschäftigen, als beteiligt anzusehen sind

Meißen, am 29. April 1922.

Der Kommissar.
Dr. Goldfriedrich, Bürgermeister.

3221

Auszahlung der Teuerungsbeihilfen

für Soz.-Rentner und Minderbemittelte am Freitag, 5. Mai 1922.

Wilsdruff, am 4. Mai 1922.

Der Stadtrat.

3143

Die Elternratswahl

findet **Sonntag den 28. Mai von vormittags 10 bis nachmittags 4 Uhr in der Schule** nach den Bestimmungen des 8. Nachtrages zur Ortsschulordnung statt.

Stimmberechtigt und wählbar sind beide Eltern oder die gesetzlichen Vertreter der Kinder, die die hiesige Schule besuchen.

Die **Wählerliste** liegt vom **16. bis 20. Mai** täglich vormittags 9 bis 11 Uhr im Amtszimmer des Schulleiters **zur Einsichtnahme aus. Einsprüche** gegen dieselbe sind **bis zum 21. Mai** unter schriftlicher Begründung **beim Schulausschusse** zu erheben.

Die **Wahlvorschlagslisten** sind spätestens **bis zum 18. Mai** an den unterzeichneten Wahlvorsteher einzureichen. Eine Liste darf höchstens 15 Namen enthalten, muß die Vorgeschlagenen nach Namen, Stand und Wohnung deutlich und in erkennbarer Reihenfolge aufführen und von mindestens einem Wahlberechtigten unterschrieben sein. Jeder Liste ist eine Erklärung der Vorgeschlagenen, daß sie eine auf sie fallende Wahl anzunehmen gewillt sind, beizufügen. Der Name **eines Vorgeschlagenen** darf **nur auf einer Liste** erscheinen. Die eingereichten Listen werden **vom 22. Mai** ab im städtischen **Verwaltungsgebäude ausgehängt.**

Der Stimmzettel soll von weißer Farbe, 9×12 Zentimeter groß und ohne jedes äußere Merkmal sein. Er muß eine der Vorschlagslisten genau bezeichnen, wozu der erste Name einer Liste genügt. Stimmzettel für jeden Wahlvorschlag liegen im Raume der Wahlhandlung zur Entnahme aus.

Wilsdruff, am 3. Mai 1922.

Der Wahlvorsteher
Schuldirektor Thomas, Schulleiter.

3210

Wir bitten höflichst, Anzeigen bis vormittags 10 Uhr aufzugeben.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Lloyd George hat einen neuen Reparationsplan entworfen, der eine Herabsetzung der deutschen Zahlungen und eine internationale Anleihe vorsieht.

* In Genua fand die zweite Vollsitzung der Wirtschaftskonferenz statt, auf der de Facto, Tschitscherin und Rathenau bedeutsame Erklärungen abgaben.

* Das russische Memorandum der Alliierten wurde nach vorbehaltlicher Unterzeichnung Frankreichs den Sowjetvertretern überreicht.

* In Berlin kam es bei einer Arbeiterdemonstration vor dem Rathause zu Zusammenstößen mit der Polizei, wobei mehrere Personen verletzt wurden.

* Poincaré hat erneut betont, daß er auf keinen Fall vor dem 31. Mai der Einberufung einer Sitzung des Obersten Rates zustimmen werde.

Um die Reparationsschuld.

Wochenlang hat sich der Zank der Alliierten in Genua um die Bedingungen für Rußland hin- und hergezogen. Man ist auch, nachdem der Konflikt mit den deutschen Delegierten wegen des Vertrages von Rapallo mit ihrem „freiwilligen Verzicht“ auf weitere Teilnahme an diesen Verhandlungen geendet hatte, nicht rascher vorwärts gekommen — um nun zu erleben, daß gerade in dem Augenblick, da man den letzten Punkt unter das Memorandum für Herrn Tschitscherin gesetzt zu haben glaubte, der belgische Vertreter plötzlich seine Zustimmung versagte, und nach ihm dann auch der Vertreter Barthous, Botschafter Barrère, im Namen Frankreichs vor lauter Ausflüchten und Winkelzügen zu keiner klaren Entscheidung gelangen konnte. Wieder spielte der Draht zwischen Paris und Genua unermüdlich hin und her, zum großen Verdruß des englischen Premiers, der endlich wenigstens ein Ziel der Genueser Konferenz erreicht zu haben glaubte. Wieder gab es allerhand spitzes Gerede unter den erleuchteten Beherrschern der Welt und der Völker, das Lloyd George fürs erste mit der Weitergabe des Memorandums an die Russen abschloß.

Worauf aber die Welt zunächst mit Spannung wartet, ist nicht die Antwort, die Herr Tschitscherin auf die Bedingungen der Entente zu geben gedenkt, sondern das Zwischenspiel, das mit der Abreise Barthous aus Genua wieder einmal in Paris zur Entwicklung kommen wird. Hat Poincaré Belgien vorgeschoben oder war er zur Zustimmung so gut wie entschlossen, und ist er nur durch die Ablehnung der Brüsseler Regierung in seinen Entschlüssen schwankend geworden? Wird er Herrn Barthou wieder nach Genua zurückgehen lassen oder ihm durch einen Mann, der ganz und gar das Sprachrohr des französischen Ministerpräsidenten ist, ersetzen? Wird er es nunmehr auf eine offene Sprengung der Konferenz ankommen lassen oder zu weiteren Verschleppungsmanövern seine Zuflucht nehmen? Wird er in Lloyd George den Gegenspieler finden, der, wenn es sein muß, auch den letzten Trumpf aufzubieten entschlossen ist oder wird der „Vater der Konferenz“ immer wieder ausweichen, schöne Worte und halbe Zugeständnisse machen, um nur so den Anschein eines großen Erfolges nach Hause bringen zu können?

Vorläufig sieht es so aus, als wenn Lloyd George das Spiel noch nicht verloren gibt. Man sagt ihm einen neuen Plan zur Regelung der Kriegs- und Reparationsschulden nach, der offensichtlich darauf hinauslaufen soll, den Ententemächten wie auch Deutschland das Leben wenigstens etwas leichter zu machen. Unsere Reparationsschuld soll um etwa zwei Dutzend Milliarden herabgesetzt und der so neugewonnene Schuldbetrag in zwei Gruppen eingeteilt werden, von denen bis auf weiteres nur die eine als wirklich abzutragende Kriegslast gelten soll. So würden unsere Zahlungsverpflichtungen doch in wesentlich anderem Lichte sich darstellen, und die Möglichkeit, unter so veränderten Umständen auswärtigen Kredit zu finden, wäre dann nicht mehr ganz von der Hand zu weisen. Hier scheint der bekannte Standpunkt der Bank von England Einfluß geübt zu haben, die Deutschland jede Kreditwürdigkeit abspricht, so lange unsere gegenwärtigen Zahlungsverpflichtungen unvermindert bleiben. Nur wenn dieser Stein des Anstoßes endlich aus dem Wege geräumt wird, kann in allen den Fragen, um die jetzt auch in Genua vor und hinter den Kulissen mühsam gerungen wird, ein erster Fortschritt erzielt werden.

Was aber wird Herr Poincaré dazu sagen, daß auf diesem Wege, entgegen den Cannes Bedingungen, nun doch die Reparationsfrage in Genua angeschnitten werden soll? In Genua — vielleicht liegt hier, in dieser Ortsfrage, der Stützpunkt für den Hebel, mit dem Lloyd George endlich den auf der ganzen Welt lastenden Alp in Bewegung setzen will. Was für Genua verboten ist, muß für London oder Paris oder Rom oder Brüssel erlaubt sein. Und wenn der französische Ministerpräsident sich darauf versteift, vor dem 31. Mai keinerlei Erörterungen über die Reparationsfrage für nötig zu halten, so liegt eine zeitliche Bindung der anderen Siegerstaaten in dieser Frage nicht vor, und ebenso gut wie für den 10. Mai eine Sonderkonferenz zur Erörterung der Kredit- und Währungsfragen nach Paris einberufen worden ist, könnte etwa zum 15. Mai eine zweite Sonderkonferenz zur Behandlung der Reparationsfrage anderswohin einberufen werden. Jedenfalls ist das Problem, wenn Lloyd George mit seinem neuen Plan amtlich hervortritt, gestellt, und Herr Poincaré würde sich vor der ganzen Welt abermals ins Unrecht setzen, wenn er sich auch dieser Zusammenkunft geflissentlich entzöge. Wird er den Mut dazu aufbringen?

Vollsitzung in Genua.

Seit der großen Eröffnungssitzung haben sich die Teilnehmer der Genueser Konferenz fast vier Wochen lang nicht wieder zu einer Vollversammlung zusammengefunden, sondern ausschließlich in den Kommissionen und in politischen Sonderberatungen gearbeitet. Die zweite Vollsitzung, die am Mittwoch stattfand, bot äußerlich dasselbe Bild wie die erste. Die deutsche Delegation war vertreten durch den Reichskanzler Dr. Wirth und den Minister des Äußern Dr. Rathenau. In seiner Eröffnungsansprache führte Präsident de Facta u. a. aus:

Die Finanzkommission und die Verkehrskommission haben ihre Arbeit beendet. Die Notwendigkeit der Kreditbeschaffung für eine große Anzahl von Ländern, die Wechselkrise, der Geldumlauf sind für alle das sichtbare Zeichen der allgemeinen Krise, unter der Europa leidet. Es ist höchste Zeit, daß ein Mittel gegen diese Krise gefunden wird, die der Hauptgrund der Einberufung dieser Konferenz war. Ohne eine Wiederherstellung der Transportmöglichkeiten auf den Vorkriegsstand wäre eine Lösung der aktuellen Verkehrskrise nicht zu erwarten. Wir können uns beglückwünschen zu der so rasch und so gut erledigten Arbeit unserer beiden Kommissionen. Diese Verständigung ist von guter Vorbedeutung für unsere weiteren Arbeiten und für die Lösung der politischen Probleme.

Der Präsident schloß mit dem Ausdruck der Überzeugung, daß der Wiederaufbau, dem alle entgegenstreben, umso rascher und fruchtbarer vor sich gehen werde, als man von dem gleichen Geiste durchdrungen und bereit sei, die großen Schwierigkeiten zu überwinden, die sich den zur Prüfung vorliegenden Problemen entgegenstellen. Man könne also die Arbeiten mit Hoffnung und Zuversichtlichkeit weiterführen.

*

Tschitscherin und Rathenau.

Von den Delegierten, die nach de Facta das Wort ergriffen, sind der Russe und der Deutsche besonders hervorzuheben. Tschitscherin versicherte, daß die Sowjetdelegation nach Kräften habe mitarbeiten wollen, aber sie habe sich überzeugt, daß die Absicht sich aus verschiedenen Gründen nicht in vollem Maße durchführen ließ. Die Delegation behält sich volle Freiheit des Handelns gegenüber den Beschlüssen der Kommission vor, die nicht der besonderen Eigenart der Lage Rußlands entsprechen. Tschitscherin verlangte nicht nur Kredite von Privaten an Regierungen, sondern auch direkte Kredite von Regierung zu Regierung.

Dann verwies der deutsche Außenminister Dr. Rathenau auf die Unsicherheit der Märkte, auf denen die Gläubigernationen in bitterstem Wettbewerb mit den ihnen verschuldeten besiegten Völkern stehen, die, zur Bezahlung ihrer Schulden gezwungen, sich auf diese Märkte drängen. „Wir befinden uns,“ so sagte Rathenau, „in der Lage von Menschen, die in einer dunklen Kammer eingesperrt werden und einander an die Gurgel fahren, statt gemeinsam einen Ausweg zu suchen.“

Der Stand der Reichsfinanzverwaltung.

Eine Rede des Finanzministers Hermes.

Im Hauptausschuß des Reichstags gab der Reichsfinanzminister Dr. Hermes eine ausführliche Darstellung der Entwicklung und des Standes der Reichsfinanzverwaltung. Der Minister wies darauf hin, daß die Reichsfinanzverwaltung auf Grund der Beschlüsse der Nationalversammlung in Weimar seit dem 1. Oktober 1919, also seit nunmehr 2½ Jahren, bestände. Große Schwierigkeiten seien bei der Neuorganisation zu bewältigen gewesen. In einem großen Teile Deutschlands

fehlten selbständige Finanzbehörden

überhaupt. Die zum Teil neu aufgebauten Behörden mußten ohne irgendwie wesentliche Ausbildungszeit unmittelbar in das Feuer der ununterbrochen aufeinanderfolgenden Steuergesetze geführt werden. Der Minister gab der Überzeugung Ausdruck, daß die Krisis der Übergangszeit überwunden sei. Er sprach dann über das ungewöhnliche Maß an Arbeit im Reichsfinanzministerium, das mit einem Stabe von Beamten zu erledigen sei, der zahlenmäßig unzweifelhaft nicht voll ausreiche. Was die Außenbehörden der Finanzverwaltung betreffe, so könne der Ausbau der Landesfinanzämter im wesentlichen als vollendet bezeichnet werden. Mit dem Reichsfinanzhof in München habe das Gebiet des Steuerrechts einen höchsten Gerichtshof gewonnen, mit den neugeschaffenen Finanzgerichten sei

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF